

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe anzusehen
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhofs 202-207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftst. 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhofs 202-207

Das Ergebnis des Volksentscheids.

Vorläufige berichtigte Gesamtzahl: 14 441 590 Ja.

Das erste Wort der Hugenberg-Presse nach dem Volksentscheid — was kann es sein als wieder eine Lüge? In dicken Lettern steht über der Montagsausgabe des „Berliner Lokal-Anzeiger“: „Das Volk sagt Nein!“

Das ist nicht wahr. Rund 14 1/2 Millionen deutscher Volksgenossen sagten Ja, rund eine halbe Million Nein, und die andern sagten überhaupt nichts. Wer vermag zu sagen, wieviele von dieser schweigenden Masse deshalb schwiegen, weil sie mit dem Herzen auf der Rein-Seite standen, wieviele es aus ganz anderen Gründen taten?

Die Ja-Sager bilden ungefähr die Hälfte des politisch aktiven Teils des Volkes, ungefähr die Hälfte der Zahl, die bei allgemeinen Wahlen von allen Parteien gemeinsam aufgebracht wird. Man stelle sich vor, es hätte sich um eine gewöhnliche Abstimmung gehandelt, bei der die einfache Mehrheit entscheidet. Dann hätten die Gegner nicht die Enthaltungspartie ausgeben können, sondern sie hätten ihre Anhänger auffordern müssen, mit Nein zu stimmen. Wer vermag zu sagen, wieviele dieser Parole gefolgt wären?

Die Masse, die gestern durch ihr Schweigen den Volksentscheid erdrückte, setzt sich aus verschiedenen Teilen zusammen. Da sind zunächst die rund 9 Millionen, die erfahrungsgemäß an Wahlen und Abstimmungen überhaupt nicht teilnehmen. Da sind dann weitere Millionen, die es nicht wagten, an die Urne zu gehen, weil sie unter der Kontrolle und der Drohung der Gegner standen. Es bleibt ein Rest, der überzeugungsmäßig auf der anderen Seite stand. Wie groß er ist, läßt sich nicht berechnen.

Zweifellos ist, daß die Parole der „entschädigungslosen Enteignung“ auf einen Teil der Wähler abschreckend gewirkt hat. Aus ihr haben die Gegner alle ihre Argumente gezogen. Es gelang ihnen, einem Teil des Volkes einzureden, daß die entschädigungslose Enteignung der Fürsten nur das Vorbild der allgemeinen entschädigungslosen Enteignung sei. Wäre es möglich gewesen, dem Volk einen einzigen Gesetzentwurf zu unterbreiten, der den Fürsten eine gewisse mäßige Abfindung beließ, so hätten die Gegner gegen ihn überhaupt keine Waffen gehabt, und der volle Sieg wäre wahrscheinlich gewesen. Aber wie hoch hätte eine Abfindung bemessen werden sollen — das war die Frage. Und wie hätten die Kommunisten es ausgenutzt, wenn die Sozialdemokratie — nicht den Fürsten, wohl aber dem praktischen Erfolge zuliebe — einen derartigen Entwurf eingebracht hätte! Wir hätten dann den Kampf mit verkehrter Front führen müssen, und wahrscheinlich wäre es den Kommunisten gelungen, mit der Parole der entschädigungslosen Enteignung so viel Stimmen abzuspalttern, daß auch auf diesem Wege der praktische Erfolg nicht erreicht worden wäre. Es wäre dann wahrscheinlich geworden wie im vorigen Jahr bei der Reichspräsidentenwahl, wo die Kommunisten mit ihrer Thälmann-Kandidatur nichts anderes erreichten als den Sieg Hindenburgs.

Die „Rote Fahne“ von heute morgen beeilt sich, die Schuld daran, daß der praktische Erfolg nicht erreicht wurde, der Sozialdemokratie zuzuschreiben. Etwas anderes hat niemand von ihr erwartet. Aber sie wird mit ihren Argumenten diesmal nicht einmal auf ihre eigene Velefcher Eindruck machen. Wer glaubt denn, daß die fehlenden rund fünf Millionen Stimmen aufgebracht worden wären, wenn sich die Sozialdemokratie dazu verstanden hätte, mit der KPD „Einheitsfront“ zu spielen, so wie die KPD die Einheitsfront auffaßt, das heißt, wenn sie bereit gewesen wäre, die sozialdemokratischen Massen unter die Führung der kommunistischen Minorität zu stellen? Die Wahlziffern aus Mecklenburg und von verschiedenen anderen Wahlen zeigen doch deutlich, wie gering die Reigung der Massen des Volkes ist, sich der Moskauer Führung anzuvertrauen.

Die „Rote Fahne“ nennt gleichwohl die Zahl der ausgebrachten Stimmen einen „ungeheuren Erfolg“. Dieser Erfolg ist dadurch ermöglicht worden, daß sich die Sozialdemokratische Partei mit ihrer großen Autorität im Volke hinter den Entwurf stellte und daß sie für ihn mit Methoden wirkte, die wirksamer sind als die kommunistischen, weil sie auf die Denkweise der wirklichen Massen Rücksicht nehmen.

Wenn sich rund vier Millionen Wähler, die sonst bürgerlich stimmten, diesmal für einen Gesetzentwurf einsetzten, der von den Sozialdemokraten und den Kommunisten eingebracht war, so geschah das wohl zumeist nicht, weil, sondern obwohl zumeist die Kommunisten dabei waren.

Erreicht ist, daß die bevorstehende Entscheidung des Reichstags unter Massendruck gestellt ist. Erreicht ist zugleich eine erhebliche Stärkung der Stellung der Sozialdemokratischen Partei sowohl in taktischer wie auch in grundsätzlicher Beziehung. Die Rechtsparteien werden bei den nächsten Wahlen dafür zu bezahlen haben, daß sie sich schügend vor die Geldstränke der Fürsten stellten. Und auch das Zentrum hat einen deutlichen Beweis dafür erhalten, daß es — trotz des starken Bandes der katholischen Religion — nicht nach rechts gehen kann, ohne sein Paradiesgefüge zu zerrütten und erhebliche Massen nach links zu verfrachten. Das gleiche gilt für die Demokraten.

Was aber die Kommunisten betrifft, so ist ihre Spekulation vollständig fehlgeschlagen. Für die kommunistische Führung war auch dieser Kampf ja nichts anderes als ein Teil der Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterbewegung: ihr Kampf galt viel mehr als den Fürsten der Sozialdemokratischen Partei, die in den Spalten ihrer Blätter tagtäglich verleumdet und beschimpft wurde. Trügt uns die Hoffnung, daß auch den kommunistischen Arbeitern, die in diesem Kampf auf demokratischem Boden und mit demokratischen Mitteln Schulter an Schulter mit ihren sozialdemokratischen Kameraden standen, diese Methode allgemach zum Hals herauswächst?

Die kommunistische Führung hat, indem sie von dem Mittel des Volksentscheids Gebrauch machte, ihre prin-

Der Reichswahlleiter gibt bekannt: Das vorläufige amtliche Gesamtergebnis wird amtlicherseits folgendermaßen berichtet: Bei einer Gesamtzahl der Stimmberechtigten von 39 690 559 wurden insgesamt 15 585 719 Stimmen abgegeben. Davon waren 5 594 406 ungültig und 10 026 313 gültig.

Mit Ja stimmten 14 441 590 und mit Nein 5 847 23. — Es haben also 36,4 Proz. aller Stimmberechtigten mit Ja gestimmt.

zipielle Kapitulation vollzogen. Das Programm der gewalttätigen Auseinandersetzung verschwimmt zu schattenhaften Schemen. Die Hoffnung, durch einen kühnen Handstreich die Alleinherrschaft der Partei aufzurichten zu können, ist auf eine ferne Zukunft vertagt. Die Gegenwart gehört dem Kampf mit politischen und gewerkschaftlichen Mitteln im Rahmen der bestehenden Verfassung der demokratischen Republik. Und wenn uns von kommunistischer Seite täglich gepredigt wird, die Bourgeoisie werde diesen Rahmen sprengen, sobald er ihr un bequem werde — was folgt daraus anderes, als daß wir ihn verteidigen müssen im Interesse des Proletariats?

Die Not des Volkes, die Verzweiflung breiter Massen findet in den 14 1/2 Millionen Ja-Stimmen ihren erschütternden Ausdruck. Weh dem, der vor ihm seine Augen verschließt. Das Volk radikalisiert sich. Aber diese Radikalisierung vollzieht sich nicht durch Abwanderung sozialdemokratischer Arbeiter zum Kommunismus, sondern durch Zuwanderung proletarischer Massen von rechts und aus der Mitte zur Sozialdemokratie. Die Kommunisten aber haben diesmal — und hoffentlich für immer — darauf verzichtet, verzweifelte Massen in aussichtslose Kämpfe zu hehen; sie exerzieren ihre Anhänger ein in den demokratischen Abstimmungskampf. Mögen sie dabei auch üble Hintergedanken haben — wir zweifeln nicht daran, daß das der Fall ist —, so muß doch die Wirkung ihrer veränderten Taktik eine ganz andere als die beabsichtigte sein. Sie muß sich auswirken zu einem endgültigen grundsätzlichen Sieg des demokratischen Sozialismus.

Mag die kommunistische Führung auch weiter versuchen, mit lustigen Sophismen über ihre inneren Widersprüche hinwegzuturnen, der Weg der kommunistischen Arbeiter geht mit eherner Konsequenz zurück zur Sozialdemokratischen Partei.

Hat also der erste Volksentscheid noch nicht zu dem Ziel geführt, das Millionen mit heißer Leidenschaft ersehnten, so heißt es für uns: jetzt erst recht! Für eine Arbeiterpartei gibt es keinen Sieg ohne das Volk oder gegen das Volk, es gibt für sie nur einen Sieg mit dem Volke. Dieser Sieg wird und muß erstritten werden unter den Fahnen der Sozialdemokratie!

Das vorläufige Ergebnis für Groß-Berlin. Nach dem vorläufigen Ergebnis des Volksentscheids wurden in Groß-Berlin 1 759 376 Ja-Stimmen und 60 863 Nein-Stimmen abgegeben; 82 016 Stimmen waren ungültig. Die Zahl der Stimmberechtigten betrug 3 043 507.

Die Abfindungsfrage im Reichstag. Morgen Rechtsausschuß.

Offiziös wird erklärt: Die Reichsregierung wird nunmehr, entsprechend der Ankündigung des Reichskanzlers in seiner Antrittsrede vor dem Reichstag, mit allen Mitteln versuchen, den Gesetzentwurf über die Fürstenabfindung zur Annahme im Reichstag zu bringen. Morgen wird der Entwurf im Rechtsausschuß besprochen.

Was bedeutet das Ergebnis? Im Spiegel der Presse.

Die Berliner „Montagspost“ verweist auf den Terror:

„Ohne die Parole der Gegner des Volksentscheids, der Abstimmung unter allen Umständen fernzubleiben, wäre die Zahl der Ja-Stimmen zweifellos viel höher gewesen, da auf dem Lande und in den kleinen Städten die Furcht vor wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Boykott Tausende von der Stimmentabgabe abgehalten hat. Es wäre deshalb falsch, wenn man jede Stimmenthaltung den Gegnern des Volksentscheids zuzählen würde.“

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: „Immerhin haben die 12 1/2 Millionen des Volksbegehrens sich gestern auf rund 15 Millionen vermehrt, eine Zahl, die etwa der Ziffer von 250 Reichstagsmandaten entspricht. Viel mehr als ein Drittel aller deutschen Wähler, eine Zahl, die die sämtlichen Wähler der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Völkischen weit übersteigt, hat am getrigen Sonntag verlangt, daß die entschädigungslose Enteignung aller ehemaligen Fürsten vorgenommen werde.“

Es verweist weiter auf die Notwendigkeit einer parlamentarischen Lösung:

„Die republikanischen Parteien werden jetzt den Kampf um diese Lösung aufzunehmen haben. Ver sagt sich der Reichstag noch weiterhin dieser Aufgabe, trotz des Gewichts der 15 Millionen Stimmen, die gestern abgegeben worden sind, dann muß er aufgelöst werden, und dann wird das deutsche Volk einen Entsch eid zu treffen wissen, der zum Ziele führt.“

Der reaktionären Presse aber ist nicht nach Sieg zumute. Der „Lokal-Anzeiger“ schreibt:

„Der Sturmangriff ist abge schlagen. Aber, täuschen wir uns nicht darüber: nach schwersten Kämpfen, unter harten Verlusten.“

Unter harten Verlusten: viele hunderttausende Wähler der Deutschnationalen sind ihrer Parole nicht gefolgt. Der Volksentscheid zeigt einen Ruck nach links.

Was weiter?

Betrachtungen der Zentrumspreffe.

Köln, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die „Kölnische Volkszeitung“ betont in einer längeren Wahlbetrachtung am Montag morgen, daß alle rechts von der Sozialdemokratie stehenden Gruppen durch die Agitation für den Volksentscheid ins Gedränge gekommen seien und längere Erörterungen durchzuführen müssen. Die Zentrumspar tei müsse überlegen, ob es nicht angebracht sei, eine Aussprache über die Lehren des Volksentscheids auf einem besonderen Parteitag anzusehen. Wenn nicht alles irüge, werde der Herbst oder der Winter Neuwahlen bringen. Es sei daher gut, vor den Wahlen in frischer offener Rede und Gegenrede die gegenwärtigen politischen Probleme zu behandeln. Die Enteignungsparteien hätten heute zwar verloren, aber morgen würden sie gewinnen, wenn diejenigen, die nur mit halbem Herzen zur Demokratie stehen, sich nicht zu einer endgültigen Regelung der Fürstenfrage aufraffen. Diejenigen, die nicht kalt und nicht warm seien, würden bei einer kommenden Staatskrise zertreten werden.

Die „Rheinische Volkszeitung“, das offizielle Kölner Zentrumsblatt, betont in seiner Wahlbetrachtung, daß das Geschrei vom 20. Juni nicht nur das Geschrei des Fürstenhofes, sondern viel mehr noch das Geschrei eines Volkes, das in tiefster Not nach Gerechtigkeit ruft, gewesen sei.

Ausländisches Presse-Echo.

Paris, 21. Juni. (E.P.) Die späte Nachtstunde, in der das Ergebnis der Volksabstimmung bekannt wurde, erklärt es, daß die französische Morgenpresse heute zu dem Ergebnis noch wenig Stellung nimmt. Verschiedene Blätter, wie z. B. der „Matin“, machen die für oder gegen die Fürstenabfindung abgegebenen Stimmen zu einem Gradmesser der republikanischen oder monarchistischen Gesinnung. Das „Journal“ meint, daß das Ergebnis des Volksentscheids auf die innerpolitische Lage einen großen Einfluß ausüben werde.

London, 21. Juni. (E.P.) Das vollständige Ergebnis des Volksentscheids war den englischen Morgenzeitungen zur Stunde der Drucklegung noch nicht bekannt. Die meisten Blätter rechnen jedoch schon mit einem negativen Resultat. Kommentare finden sich nur vereinzelt. Die „Morning Post“ rechnet damit, daß das Ergebnis

einen ungeheuren moralischen Einfluss haben werde, den sicherlich die endgültige Regelung der Ansprüche der Fürstentümer widerspiegeln müsse. „Daily Chronicle“, das Blatt Lloyd Georges, wirft die Frage auf, welche Steuererträge die Vermögen der Fürsten abwerfen und ob die Auswanderung dieser Vermögen ins Ausland einen Einfluss auf die Haltung der Alliierten haben könnte.

Terror vor den Toren Groß-Berlins.

Auf die Nachricht, daß den Landarbeitern und — leider auch! — Inoffizieren des Gutsbezirks Diepensee bei Bohnsdorf, Besitzer und Gutsvorsteher Wrede (zugleich auch Gemeinde- und Wahlvorsteher), die Ausübung ihres Stimmrechts verboten sei, führen einige Berliner Genossen dorthin. Ein Gutsspekulator oder Förster verfuhr in rabiotischer Weise, sie am Betreten des Wahllokals zu hindern, gab aber sein Vorhaben nach Belehrung über das Gesetz doch auf. Bis 11 Uhr mittags hatte dort noch kein Wahlberechtigter abgestimmt — Beweis genug für das gutsherliche Stimmverbot, von dem freilich die Wahlbesitzer nichts zu wissen vermeinten. Die Genossen, die die aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit fließende Furcht der Landknechte nicht bannen konnten, klärten sich wenigstens über die Ansprüche der Fürsten auf und sagten ihnen, worüber freiere Deutsche zur gleichen Zeit entscheiden. Indessen kam ein früherer Schweizer des Guts Diepensee, der jetzt in dem nahen Schönefeld arbeitet, zur Urne. Obgleich er noch in Diepensee wohnt, hatte man ihn dort auf „Abmeldung“ gedrückt und wollte ihn, trotzdem er die betreffende Mitteilung unter Darlegung des wahren Sachverhalts zurückgegeben hatte, nicht abstimmen lassen. — Bei den Wahlen der letzten Jahre hatten die besagten Wähler Bewohner von Diepensee ihr Wahllokal in Schönefeld und waren dadurch dem Terror etwas entzogen. Warum hat man sie gerade diesmal wieder in das Untertanenverhältnis zurückversetzt, was ist dafür verantwortlich und wird dafür gesorgt, daß wenigstens für die Zukunft diesen nach der Reichs- und Staatsverfassung gleichberechtigten Bürgern ihr freies Wahlrecht gesichert wird? Diese Fragen richten wir an das preussische Ministerium des Innern.

Stürmische Aufwärtsbewegung an der Börse.

Die Börse reagierte auf das negative Ergebnis des Volksentscheides mit einer stürmischen Aufwärtsbewegung. Besonders das Rheinland und das Ausland kauften stark. Neuerdings vermutet man hinter den Käufen in Farben und Erdöl die Rockefeller-Gruppe. Farben erhöhten sich heute sprunghaft bis auf 218. Ferner blieben sehr gesucht die Braunkohlen- und Kaliwerte. Auch Bankaktien fest. Der Geldmarkt ist unverändert leicht, der Rentenmarkt vernachlässigt.

Zusammentritt des Reichstags.

Die Fürstenfrage soll noch vor den Sommerferien erledigt werden.

Der Reichstag nimmt heute um 3 Uhr noch einwöchiger Pause seine Sitzungen wieder auf. Auf der Tagesordnung der Montagssitzung stehen u. a. die Handelsverträge mit Schweden und Dänemark. Die Reichstagsfraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Deutschnationalen versammeln sich um 1 Uhr beziehungsweise um 2 Uhr nachmittags. Die Führer der Regierungsparteien halten nach Schluß der Plenarsitzung eine interfraktionelle Sitzung ab, um die politische Lage zu erörtern und besonders die Frage der Fürstenabfindung zu besprechen, die noch vor der Sommerpause erledigt werden soll. Der Kabinettsrat tritt am Dienstag zusammen, um den Arbeitsplan des Reichstags für die letzten Wochen vor der Sommerpause festzulegen.

Auswärtiger Ausschuss.

Entwaffnungsfrage und Abrüstungskonferenz.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages nahm heute vormittag unter seinem Vorsitzenden, Abg. Hergt (Dnat.), seine Arbeiten wieder auf und beschäftigte sich zunächst mit der Entwaffnungsfrage, die er schon vor der Plenarpause in Angriff genommen hatte, und mit der Abrüstungskonferenz. Der

Vertreter der deutschen Reichsregierung bei der Abrüstungskonferenz, Abg. Graf v. Bernstorff (Dem.), erstattete über die Verhandlungen Bericht. Von der Reichsregierung waren der Außenminister Dr. Stresemann mit dem Staatssekretär v. Schubert und Reichsverkehrsminister Dr. Rohne anwesend.

Nach längerer Aussprache, an der sich die Abgeordneten Graf Reventlow (Deutschf.), Dr. Hoegly (Dnat.), Dr. Rosenburg (Komm.), von Rheinbaben (D. Sp.), Dr. Dornburg (Dem.), Dr. Quaaß (Dnat.) und Müller-Franken (Soz.) beteiligten, und in deren Verlauf auch der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann das Wort ergriff, folgte der Ausschuss mit großer Mehrheit folgende Entschliessung:

„Unbeschadet der Stellung der verschiedenen Fraktionsvertreter zu den Fragen im einzelnen, nimmt der Auswärtige Ausschuss davon Kenntnis, daß bei den Verhandlungen der Vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz irgendwelche Bindungen für Deutschland nicht erfolgt sind, und erhebt mit dieser Mahnung gegen eine Fortsetzung der Beteiligung Deutschlands an den weiteren Beratungen zur Förderung des Abrüstungsproblems keine Bedenken.“

Es folgte die Beratung über den Gesetzentwurf zur Durchführung der Artikel 177, 178 und 198 des Vertrages von Versailles und der Pariser Vereinbarungen über Luftfahrt.

Der Kampf um Hindenburg.

Reichner oder Gahl?

In zuständiger Stelle werden alle Gerüchte über die Erhebung des Staatssekretärs Dr. Reichner als Kanzler des Reichspräsidenten durch eine „bekannte politische Persönlichkeit“ (genannt war der weit rechtsstehende Ostpreuße v. Gahl) als jeder Begründung entbehrend erklärt.

Der „harmlose“ Stahlhelm.

Mit Armeepistolen und Totschlägern bewaffnet.

Halle a. d. S., 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Bei einer durch die Schupo vorgenommenen Leibesvisitation von Stahlhelmen, die auf Automobilen nach Gerbstedt gekommen waren, um eine Versammlung der Sozialdemokratischen Partei zu „besuchen“, wurde festgestellt, daß sämtliche Mitglieder des Stahlhelms bewaffnet waren. Es wurden von der Polizei folgende Gegenstände beschlagnahmt: 5 geladene Armeepistolen, 5 Totschläger, 10 Gummiknüppel, 3 Dolche, 8 Seltengewehre sowie eine Anzahl Kabelaide, bleigefüllte Gummischläuche, Schlagringe, Gasrohre und Eisenstücke in allen Formen.

Hafenkreuzer-Überfälle auf Republikaner.

Köln, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In Bonn kam es am Sonntag zu schweren Zusammenstößen zwischen Rechtsradikalen und Anhängern des Volksentscheides. Von auswärts waren auf Lastkraftwagen Hitler-Banden und Stahlhelme nach Bonn gekommen, die einen Propagandaumzug des Reichsbanners angriffen, wobei von den Rechtsradikalen Waffen aller Art benutzt wurden. Auf beiden Seiten gab es Verletzte. Mehrere Angehörige des Reichsbanners und des Stahlhelms mußten in die Bonner Klinik eingeliefert werden. Von Köln wurden auf telephonischen Anruf mehrere Abteilungen Reichsbanner und Frontkämpfer zur Hilfe entsandt. Darauf kam es zu einem zweiten schweren Zusammenstoß, wobei es wieder eine Menge Verletzte gab und die Rechtsradikalen schließlich in die Flucht geschlagen wurden. Eine merkwürdige Haltung nahm die Bonner Polizei ein, die dem Vertreter der Sozialdemokratischen Partei erklärte, wenn die Propagandaumzüge des Reichsbanners nicht eingestellt würden, werde man die Verhandlung schließen. Gegen die Rechtsradikalen als die eigentlichen Angreifer griff die Polizei nicht ein.

Ministerium Briand-Poincaré?

Konzentration nach rechts!

Nach den letzten Meldungen aus Paris ist Briand mit der Bildung eines neuen Kabinetts zwar noch nicht fertig, aber kein Mensch zweifelt daran, daß es ihm diesmal gelingen wird.

Dieses Ministerium wird einen parlamentarischen Kurswechsel bedeuten, denn Briand will sich auf die Rechte stützen. Zu diesem Zweck verhandelt er mit Poincaré, dem er das Finanzministerium angetragen hat. Dieser soll bereit sein, in die Regierung einzutreten, aber ob er gerade dieses undankbare und gefährliche Amt annehmen wird, steht noch dahin. Briand will die meisten seiner bisherigen Mitarbeiter, darunter auch verschiedene Vertreter der Linken, wie Painlevé, Caquot und de Monzie, behalten. Andererseits ruft die Nachricht des Eintritts Poincaré in die Regierung lebhaften Widerstand auf der Linken hervor.

Prager Kongrua-Krach.

Suffitenstaat und Kompriestergehälter.

Prag, 21. Juni. (E.P.) Um die Abstimmung über das Kongrua-Gesetz zu verhindern, begannen die Kommunisten im Abgeordnetenhaus mit den Putschisten zu schlagen und sangen Spottlieder auf die Merkmalen, darunter das Hus-Lied. Als die Abstimmung nach den Schlussworten des Berichterstatters beginnen sollte, stellte sich der Kommunist Hrus mit einer Fahne, auf der die Verkennung Johannes Hus abgebildet war, vor der Ministerbank auf. Eine kommunistische Abgeordnete überreichte dem Vorsitzenden einen läutenden Becken, den dieser dankend in die Tasche steckte. Die Kommunisten, die weiter mit den Putschisten kämpften, warfen mit Holzstücken nach den Merkmalen, wobei ein merkmalter Abgeordneter verletzt wurde und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Als ein kommunistischer Abgeordneter den Präsidenten von seinem Sitz verdrängen wollte, entstand ein wildes Handgemenge. Die Parlamentswache wurde alarmiert. Die Kommunisten verdrängten den Berichterstatter von seinem Platz, den dann die Wache wieder frei machte. Die Ministerbänke wurden bei dem Handgemenge gänzlich zertrümmert. Während die Kommunisten den Vizepräsidenten mit Gewalt verjagen wollten, ging die Abstimmung weiter. Einzelnen Mitgliedern der Parlamentswache wurden die Uniformen vom Leibe gerissen. Das Kongrua-Gesetz wurde angenommen.

Hagedorns Abschied. Der Reichspräsident hat den Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hagedorn, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches in den einwöchigen Ruhestand versetzt und ihm gleichzeitig in einem herzlich gehaltenen Schreiben Dank und Anerkennung für die dem Reiche geleisteten wertvollen Dienste ausgesprochen.

Der preussische Innenminister Genosse Seering hatte am vorigen Montag nach seiner Rückkehr von einem längeren Erholungsurlaub die Amtsgeschäfte wieder übernommen. Leider hat es sich bald herausgestellt, daß er noch nicht genügend geträstigt war, um sein schweres Amt weiterzuführen. Auf den dringendsten Rat seiner Ärzte hat Genosse Seering am Montag zu einer Nachtur ein Sanatorium in Mitteldeutschland aufsuchen müssen.

Der Attentatsplan von Smyrna. Wie aus Smyrna gemeldet wird, sind bis jetzt in der Angelegenheit des Attentatsplans auf den Staatspräsidenten mehr als 40 Verhaftungen vorgenommen worden. Andere Meldungen sprechen von 300 Verhaftungen und von bevorstehenden Hinrichtungen.

Angriff auf den Putschgeneral Costa. Als General Gomez de Costa Freitag durch Vissalon im Auto fuhr, nahm ein Teil der Menge eine drohende Haltung gegen ihn ein, doch wurde er durch seine Leibwache geschützt. Es wurden Verhaftungen vorgenommen. Costa erklärte in einem neuen Aufruf, daß er für die Republik gegen reaktionären Verrat vorgegangen sei.

Verchwörung gegen Mustafa Kemal? In Smyrna soll eine Verchwörung gegen Kemal Pascha anlässlich seines dortigen Besuchs rechtzeitig entdeckt worden sein. Es sollten Bomben auf sein Auto geworfen werden. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen, u. a. die eines ehemaligen Abgeordneten.

Ausgerechnet: Berlin!

60 Prozent Ja-Stimmen.

Den Herren blieb der Schnabel offen, weil's ihnen nicht geheuer schien. Und alle murrten betroffen: Ist so was möglich? In — Berlin?! Natürlich, liebe Fürsten, grade! Ein leicht begreifliches Gesdahl: Wir kennen doch die Schloßparade, Latä-Lata und ... Köpenick. Wir kennen Potsdams Volk und Truppen. Wir kennen Spandau andererseits. Auch die Allee der Marmorgruppen Entfaltet noch den alten Reiz. Wir kennen Adel und Besitzung Und wissen, wie ihr fürstlich denkt. Wir gaben gestern nur die Quittung Für das, was ihr Berlin geschenkt!

Karl Schnog.

Der Kampf gegen Schund und Schmutz.

Ein Mahnruf von Paul Steegemann.

Früher, vor 1918, vor dem Umsturz, da hatten wir eine Zensur für das Theater, das Strafgesetzbuch für die Literatur. Diese Einrichtungen waren schon fragwürdig genug. Denn wenn man sich erinnert, was da alles vom Zensur von der Bühne verbannt wurde, ob es nun französische Lustspiele waren oder die schaurigen Tragödien Front Bedekinds, heute erscheint es uns unsäglich. Und wenn man weiß, was da an Büchern beschlagnahmt wurde, vor und nach dem Umsturz, lediglich aus dem Inhalt des § 184, dann trägt man sich verlegen hinterm Ohr.

Da wurden kurzweilige Dinge von Schiller, Goethe, Verlaine eingezogen; da wurden die alten Italiener immer mal wieder verbannt; da wurden Bilderbücher von Beardsley, Corinth, Jille eingestampft; da wurden Richard Dehmel, Joachim Ringelnatz und Carl Einstein zu hohen Geldstrafen verurteilt. Die Prozesse dauerten tagelang, die besten Verteidiger waren herangezogen, Deutschlands geistige Elite gab glänzende Gutachten, der Staatsanwalt siegte immer.

Kun, es liegt in der Natur, daß der Büchse den Schianten beneidet, die Jungfer die Jungfrau, der Knacker die Blühende, freie, sich befreiende Jugend. Da werden Ressentiments wach, da keimen die Erinnerungen an die „gute alte Zeit“, und weil ja eine ganze Generation der Jugend, die heute Dreißigjährigen, auf den Schlachtfeldern liegt, da glaubt man, daß die Zeit gekommen, daß ihre Zeit wiedergekommen sei: das Film-Zensurgesetz genügt nicht, das

Strafgesetzbuch genügt nicht, zum Teufel mit diesen liberalen Dingen. Es muß, so sagen sie, ein neues Gesetz geschaffen werden, straff wie eine Kandare.

Das liegt jetzt, unter dem irreführenden Titel: „Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz und Schundschriften“, an Entwurf vor. Und in aller Stille ist die zweite Lesung im Reichstagsausschuss bereits vor sich gegangen. Wenn jetzt die dazu berufene Öffentlichkeit nicht eingreift, nicht aufklärt, nicht verhindert, dann können wir was erleben. Dann sind wir geistig trocken gelegt, dann haben wir einen tausendfach vergrößerten „Assenprozeß“ hinter uns, dann ist Honolulu fernerhin unser kulturelles Vorbild.

Ist es wirklich so schlimm? Es ist noch schlimmer.

Es sollen aus „wählbaren Vertretern der Kunst und der Literatur, des Buch- und Kunsthandels, der Jugendwohlfahrt und der Jugendorganisationen, der Lehrerschaft und Volksbildungsorganisationen, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der Vertreter der kirchlichen Behörden in allen Gruppen“, Prüfstellen zusammengesetzt werden, die die Literatur nach Büchern durchschnüffeln sollen, welche der Jugend im ethischen Sinne schädlich sein könnten. Na, schön. Das ist nicht böse gemeint, die alten Leute müssen ja was zu tun haben.

Aber jetzt kommt es: Diese Bücher sollen auf einen Index gesetzt werden, nach dem Vorbilde der katholischen Kirche. Und die Verbreitung dieser auf den Index gesetzten Bücher soll verboten und mit Gefängnis bestraft werden.

Wie aber kommt dieser Index zusammen? Durch die Prüfstellen. Durch die Länderprüfstellen. Und was die Prüfstelle eines Landes, eines Ländchens im Deutschen Reich für die Jugend schädlich hält, das soll für das ganze Deutsche Reich verboten sein!

Das mache man sich einmal klar. Das rechne man sich einmal aus. Da werden wir bald eine guthaberische, weißblaue, jesuitische Literatur für ganz Deutschland haben. Alles andere ist verboten, gibt es nicht mehr, hat es nie gegeben.

Denn die Bücher, die für die Jugend verboten sind, kann natürlich der Erwachsene auch nicht mehr kaufen, denn sonst geriete die Jugend in Gefahr, von aufgeklärten Erwachsenen aufs neue mit „Unzucht“ infiziert zu werden.

Es gibt da, das wird sich wohl rumgesprochen haben, einige unsterbliche Werke von Arthur Schnitzler, Gerhart Hauptmann, Frank Wedekind, in denen der Eros anders gestaltet ist, als in den Geschichtsbüchern der katholischen Gesellenvereine. Also auf den Index!

Es gibt da einige unsterbliche Stücke von Schiller, Grabbe, Büchner, in denen weder ein Blatt vor den Mund, noch ein Feigenblatt genommen wird. Also auf den Index!

Es gibt da tausend unsterbliche Verse von Johann Christian Günther, Heinrich Heine, Alfred Kerr, die ganz unvegetarisch sind. Also auf den Index!

Es gibt da unsterbliche Geistesgaben von Spinoza, Darwin, Nietzsche, die allesamt den offiziellen Philosophien konträr sind, salzinierend geschrieben, so daß diese die Jugend verwirren und schaden könnten. ... Auf den Index!

Habe ich zuviel über den Unflug dieses neuen Gesetzes gesagt? Man stelle es sich doch einmal vor. Man male sich doch einmal die Folgen aus ...!

Rein, das, was unser reichstes und edelstes ist in diesem armen Lande: der Geist, den wollen wir nicht knebeln, nicht fesseln, nicht töten lassen. Dies neue Gesetz ist einfach eine Schande, ein Uebel, fall auf den geistigen Menschen, auf die deutsche Kultur.

Akademische Freiheit.

Aus Fichtes Rektoratsrede 1811.

„Der akademischen Freiheit droht nur eine wirkliche Gefahr. Sie kommt nicht vom Staat, der diese Universität unter Aufsicht und ihr geistige Freiheit läßt, sie droht von denen, welche den falschen Begriff von akademischer Freiheit haben!“

Dasjenige Element, woran diese für ihre Freiheit Gefahr besorgen, ist jene bestimmte Menschenart, die, da sie in der Tat nichts ist, und in den übrigen menschlichen Verhältnissen nirgends geduldet wird, sich für Studierende aussucht und sich an die Universitäten anschließt. — Der eigentliche Mittelpunkt und Sitz ihres Irrtums liegt klar zutage. Das Studieren ist ein Beruf; die Universität mit allen ihren Einrichtungen ist nur dazu da, um die Ausübung dieses Berufes zu sichern, und nur derjenige ist ein Studierender, der eben studiert.

Sie stellen dar das auserwählte Volk Gottes, alle Nichtstudierenden aber werden befehlt unter den Verworfenen. Darum müssen alle anderen Stände ihnen weichen und ihnen allenthalben, wo sie hinkommen, den Vortritt oder Alleinbesitz lassen; alle müssen von ihnen sich gefallen lassen, was ihnen gefällt, demselben aufzulegen; keine aber darf es wagen, ihnen zu mißfallen; alle Nichtstudierenden, ihre Lehrer und unmittelbare Obrigkeiten am wenigsten ausgenommen, müssen durch ehrerbietigen Ton, durch Reden nach dem Munde, durch sorgfältige Vermeidung alles dessen, was ihre zarten Ohren nicht gern hören, sich ihrer Gerechtigkeit empfehlen: das ist die Pflicht aller gegen sie; sie aber dürfen alle Menschen ohne Ausnahme aus dem Gefühl ihrer Erhabenheit und Ungebundenheit herab behandeln: das ist ihr Recht auf alle.

Daß durch eine solche Sitte, wenn sie überhand nimmt und herrschend wird, die akademische Freiheit in allen Punkten angegriffen und vernichtet, ja, das ganze Wesen der Universität aufgehoben wird, ist unmittelbar klar.“

Der Stand der Lage. Die „Neue Berl. Zeits.“ schreibt: „Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, werden eine Reihe von Parteiführern noch im Laufe des heutigen Tages Schritte unternehmen, um sofortige Fühlung mit ihren eigenen Parteikreisen über die nächsten Schritte zu nehmen.“ (Sm! Sm!)

Die Arbeit am Sonntag.

Weil nach Bohndichte und Siedlungsart in einer Riesenförperschaft von 4 Millionen Menschen Bahnbau und Wahlkampf überall verschiedene und oft auch interessante Formen zeigt, lassen wir heute noch einige Berichte über Arbeiten und Kämpfe, Ausflüge und Hoffnungen des gefrigen ereignis- und ergebnisreichen Tages folgen.

Am Vorabend der Abstimmungsschlacht hatten noch einmal die Neuföllner Partei, Reichsbanner und Jugend aufgerufen zur letzten Propaganda. In langen, ganze Straßenzüge übergreifenden Reihen mit unzähligen Fahnen und Transparenten wurde bis in die späten Abendstunden die Werbetrümmel geschlagen. Am Sonntag steht der Wahlbetrieb schon in den frühen Morgenstunden ein. Im Wahlbureau der Partei und des Reichsbanners gehen und kommen die Weiderräder. Noch einmal will das Reichsbanner die ländlichen Bezirke vor Neufölln besuchen. In Abständen von einer Stunde fahren die Lastautos hinaus. Überall in den kleinen Landstimmbezirken werden einzelne Kameraden zurückgelassen, um zu verhindern, daß von den Rechten die Wahl sabotiert wird. Vor der katholischen Kirche in Neufölln, Bahnmannsdorfer Straße, hat das Reichsbanner Plakate aufgestellt, ein paar Trommler daneben, um so an die katholische Bevölkerung noch einmal zu appellieren. An den Bahnhöfen stehen lange Transparente, die die Ausflügler mahnen: erst stimmt, und dann ins Freie! In Autos und mit Tragbahnen werden die Kranken gebracht. Als die eigentliche Schlepperarbeit einsetzt, haben in den meisten Wahllokale schon 60—70 Proz. aller Stimmberechtigten gestimmt. Bis in die Mittagsstunden der einsetzende Regen die Straßen säuberte, war das Straßenbild ein Meer von Fahnen, von langen, über die Straßen gezogenen Transparenten. Überall werden die Schlepper der Partei lebhaft begrüßt und freudig unterstützt. Einige Lokale, so in der Hermannstraße, Kaiser-Friedrich-Straße, haben ihre Schilder bunt in rot und schwarzrotgold dekoriert. Der Andrang in der letzten Stunde ist nicht sehr stark. Es gab eben diesmal keine Bummelanten, jeder hat rechtzeitig gewählt.

Der proletarische Osten stand wie immer im Zeichen der roten und schwarzrotgoldenen Fahnen. Je mehr man nach Lichtenberg hineinkam, konnte man leicht die größere Aktivität der Massen feststellen. Überall, wo es sich ermöglichen ließ, wurden gut wirkende Transparente angebracht. Die letzte Nacht vor dem Volkstagswahl wurde von den Klebetalonen reichlich ausgenutzt. Schon in den frühen Morgenstunden, kaum nach Eröffnung des Wahlzuges, setzte eine äußerst lebhafteste Beteiligung der Wähler ein. Oft war der Andrang derartig stark, daß sich Schlangen vor den einzelnen Stimmlokalen bildeten! Wer die Befragungsstärke im Südkosten schon seit längerer Zeit beobachtet hatte, der konnte am gestrigen Abrechnungstag weitere erfreuliche Wahrnehmungen machen. Häuser, die bei den letzten Wahlen überhaupt keine Fahne zeigten, waren diesmal agitatorisch prächtig aufgemacht. Von Balkon zu Balkon zogen sich unsere Plakate hin. Erheitert wirkte es, als in den Mittagsstunden einige Männlein und Weiblein die einzelnen Höfe der großen Mietkasernen abklapperten, um unter Berufung auf den lieben Gott zur Stimmenthaltung aufzufordern und an Stelle des Wahlzuges den Kirchgang zu empfehlen. Die Wahlbeteiligung im Südkosten war von früh an sehr stark. Wurden doch oft in Wahllokale, die 1300 bis 1500 eingeschriebene Wähler hatten, bis zur vierten Nachmittagsstunde 1100 bis 1200 Stimmen abgegeben!

Das in seiner Mehrheit überwiegend republikanische Treptow zeigte schon seit einigen Tagen ein buntbewegtes Bild. Fast ein jedes Haus konnte Fahnenstapel aufweisen. In der nur kurzen Gräberstraße zählte man weit über 70 rote und schwarzrotgoldene Fahnen. Auch in der reaktionären Straße Am Treptower Park flatterte das Tuch der Republik. Die in Treptow so zahlreichen Laubentkolonien standen ebenfalls im Zeichen der roten und schwarzrotgoldenen Fahnen.

Der Abstimmungssakt ging in die äußeren westlichen Vororten vollkommen ruhig vor sich. In Nikolassow und in Sieglitz hatten sich Vertreter der Rechten mit Verleumdungsplakaten eingefunden, aber man beachtete sie kaum. Bis gegen 1 Uhr nachmittags hatten in Lichterfelde, Zehlendorf, Dahlem und Wannsee etwa 25—35 Proz. der Einschriebenen gewählt. Dann legte der Schlepperdienst ein, von Reichsbannerleuten und roten Jungsturm energisch betrieben und durchgeführt. Aber nicht wenige drahteten nicht gemahnt und angespornt zu werden, sie kamen so und taten ruhig und selbstbewußt ihre Pflicht, so Mann wie Frau. Die Gegner hatten es vorgezogen, bei dem unfreundlichen Wetter daheimzubleiben. Dennoch war die Schutzpolizei überall auf dem Posten. Da es eine bekannte Tatsache ist, daß ungünstiges Wetter auf Unternehmungen aller Art störend einwirkt, so erscheint es nicht ausgeschlossen, daß der seit 3 Uhr ununterbrochen und mit steter Verstärkung niedergehende Regen hier draußen im Westen, wo die Entfernung zwischen Wohnung und Wahllokal oft Kilometer beträgt, auf das Ergebnis der Wahl ungünstig eingewirkt hat. Die Verlegung der Wahlzeit von früh um 9 auf 8 und von abends um 6 auf 5 hat Verwirrung angerichtet. Fast symbolisch wirkte eine kleine Episode vor einem Wahllokal unmittelbar nach Schluß der Wahl. Da kam ein älteres Ehepaar an, ein wenig unruhig und hastig. Aber es war kein Plakatträger mehr da und keine Plakate. Alles war vorbei. Beide standen betroffen. Nur ein Junge hing noch ein großer Bogen, auf dem war mit kräftiger Hand geschrieben: „Vorwärts für Volk und Vaterland! Wir müssen siegen!“ Und daneben unsere Bildkarte mit dem Kriegsbeschädigten. Dem leidvoller Blick aber galt nicht mehr dem gekrönten Auserwählten, sondern den beiden Alten, als wenn er sagen wollte: Zu spät! Den ändern aber, die ihre Pflicht getan, galt das Wort: Wir müssen siegen!

Bis auf einige Reibereien und Plänkereien, die zur Mehrzahl auf das Konto rechtsstehender demonstrierender Verbände infolge ihres prorogierenden Auftretens zu schreiben sind, ist es im allgemeinen zu größeren Zwischenfällen nicht gekommen. In Parkwitz wurden bei der Durchscheidung eines mit Deutschnationalen besetzten Kraftwagens zahlreiche Stöcke, Toischläger und Steine vorgefunden, so daß einige Festnahmen erfolgten und der Kraftwagen dem Polizeipräsidium zugeführt wurde. Auch in der Jannemannstraße in Schöneberg wurden bei der Durchscheidung eines mit Hakenkreuzern besetzten Wagens Waffen vorgefunden, was zur Verhaftung von 31 Angehörigen der reaktionären Verbände führte. Bis 8 Uhr abends wurden 214 Personen zwangsgestellt und davon 167 Personen im Polizeipräsidium eingeliefert. Von Anhängern der Rechtsparteien wurden von 85 Zwangsgestellten 66 Personen dem Polizeipräsidium zugeführt. Auf Anhänger der SPD. entfielen 110 Zwangsgstellungen und 100 Einlieferungen in das Polizeipräsidium. Von den Reichsbannerleuten wurden sechs zwangsgestellt, wovon einer dem Präsidium zugeführt wurde. Bei 13 von den zwangsgestellten Personen war die Parteizugehörigkeit nicht zu ermitteln. Die Feststellungen erfolgten hauptsächlich wegen unbefugten Waffenhaltens, Schlägereien, Bannkreuzüberschreitung und Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen. In Anbetracht des Wahlzuges und der außergewöhnlichen Umstände hat der Polizeipräsident angedeutet, daß die Eingelieferten ausnahmsweise bereits heute abend wieder entlassen werden sollen, und zwar so rechtzeitig, daß sie mit den letzten Zügen bzw. Straßenbahnen in ihre Wohnungen gelangen können.

Die Arbeiterkomiteefronte hatte gestern einen schmerzlichen Tag. In 1247 Fällen wurden Alte, Kranke, Gelähmte und sonstige hilflosbedürftige durch Mitglieder der Fronte in die Wahllokale geleitet, wo sie ihr Abstimmungsrecht wahrnahmen. Daneben wurden die fliegenden Wachen sonst noch in ungezählten Rollen in Anspruch genommen.

Mit einer Reibekeule erschlagen.

Folgen eines Verwandtenstreits.

Zu einem folgenschweren Streit kam es gestern nachmittag in der Wohnung des 31 Jahre alten Arbeiters Georg Böckner, Grünthaler Straße 32. Seit einiger Zeit wohnten bei Böckner als Untermieter seine beiden Schwäger. Am Sonntagnachmittag, gegen 6 Uhr, kam Böckner angetrunken nach Hause und forderte seine beiden Schwäger auf, sofort ihre Sachen zu packen und das Haus zu verlassen. Die beiden Männer erklärten sich bereit, sich eine andere Unterkunft zu suchen, sträubten sich aber dagegen, das am Sonntagnachmittag zu tun. Jetzt wurde der Betrunkene wütend, ergriff eine Reibekeule und schlug damit auf seinen 24 Jahre alten Schwager Max Beyer ein. Dem jungen Mann gelang es, durch Vorhalten des Armes die Schläge abzuwehren und dem Wütenden die Keule aus der Hand zu schlagen. Jetzt holte sich Böckner ein Stück dicken Kabeldraht und erneuerte damit seine Angriffe. Beyer wehrte sie zunächst wieder mit den Händen ab, jedoch ohne Erfolg. Als der Tobende gar nicht abließ, ergriff er schließlich in der Notwehr die Reibekeule und versetzte Böckner einen Schlag auf den Kopf. Er traf den Trunkenen so unglücklich, daß er tot zu Boden stürzte. Böckner war Gewohnheitsstrinker und mißhandelte, wenn er bejezt war, nicht nur seine Frau und sein Kind, sondern auch die Schwäger. Beyer, der sich selbst der Polizei gestellt hatte, wird heute wieder aus dem Gewahrsam entlassen werden, da bereits einwandfrei festgestellt worden ist, daß er in Notwehr gehandelt hat.

Teische Bauernfänger in Berlin.

Ein amerikanischer Arzt als Opfer.

Der amerikanische Arzt Dr. med. Ernst R., ein Mitglied der amerikanischen Studienkommission, die sich einige Tage in Berlin aufhielt, ist von internationalen Bauernfängern schwer geschädigt worden.

Dr. R. lernte in einem Hotel in der Mittelstraße einen Iren kennen, der in Berlin auf Besuch war und an den sich der Amerikaner gern angeschlossen. Nach einigen Tagen stellte der Ire ihm einen Landsmann vor. Das vertrauenswürdige Wesen der beiden Iren knüpfte bald ein engeres Band zwischen den drei Männern. Bei einer Zusammenkunft ließ der eine Ire durchblicken, daß er 60000 Pfund geerbt habe und der irische Mission in Amerika davon 10000 Pfund spenden wolle. Er suchte nun einen ehrenhaften Mann, der dieses Geld nach Amerika überbringen und wolle dem Arzt das Geld, das er ihm in einem geschlossenen Umschlag übergab, bis zur nächsten Zusammenkunft anvertrauen. Als bei der verabredeten Zusammenkunft der Arzt getreulich sein Wort zurückgab, eröffnete ihm der biedere Ire, er habe ihn nur auf die Probe stellen wollen und habe nunmehr keine Bedenken, ihm das Geld auch wirklich anzupertrauen. Der Arzt, gerührt von dem großen Vertrauen, gab seinerseits den Iren einen Umschlag mit 100 amerikanischen Dollars und 100 deutschen Reichsmark sowie eine goldene Wolton-Uhr und einen Brillanterring. Sobald die irische Mission ihm den Eingang des Geldes gemeldet habe, sollten die anvertrauten Päckchen an den Arzt zurückgeschickt werden. Zu der vor der endgültigen Trennung vereinbarten Zusammenkunft erschien aber keiner der Iren mehr. Der Arzt, der jetzt Verdacht schöpfte, öffnete den Umschlag und stellte fest, daß er nur wertlose Papierbogen enthielt. Die Kriminalpolizei, der er Anzeige machte, legte ihm das Verbrechenalbum vor und es ergab sich nun, daß er internationalen Bauernfängern in der Höhe gefallen war. Ohne Zweifel sind es sogar dieselben, die vor etwa 14 Tagen in Hamburg mit einem ähnlichen Trick 10000 M. und einen zwei Karat großen Brillanten erbeuteten.

Hundeschau am Kaiserdamm.

Was sind wir Zweibeiner doch für armselige Bastards im Vergleich zu solch edlem Gebälk, das die Rutschhalle am Kaiserdamm augenblicklich beherbergt. Jedes dieser vierbeinigen Prachtexemplare — und das sind sie durchweg — muß ja doch, um überhaupt zur Konkurrenz zugelassen zu werden, einen meißel zu verfolgenden Stammbaum erlauchter Ahnen aufweisen können. Wir finden da eine Hezi von Buchberg, einen Hektor von Waldesruh und wie sie alle heißen mögen. Das sind aber beiseite keine selbstverliebten Namen. Diese Adelspräbilitäten sind Beziehungen des Stammschlusses — in der Hundezüchtersprache Zwinger genannt —, allmo die edlen Vollblüter das Licht der Welt erblickt haben. Auf der Ausstellung sind wohl sämtliche Hunderrassen vertreten, die Beteiligung ist ungemein, es sind über 1500 Meldungen. Beim Eintritt tönt einem eine Kakophonie in Reinkultur entgegen. Das kleine Pflöschchen im höchsten Distanz, der große Bruder im Sonoren, um so tragfähigeren Organ. Natürlich gibt's auch bei den Vierbeinern Stoiker und Phlegmatiker. Der eine sieht still sinnend vor sich hin — man denkt, er muß ungeheure Probleme in seinem Hirn wälzen —, der andere postiert sein Köpfchen artig auf der Herrin Handtasche. Die Wohnräume der kleinen Ausstellungsteilnehmer sind mit viel Liebe ausgestattet. Eine ganze Zucht bestrickender Maltsheserhündchen haben Boudoirs in rosa, blau, hellrot und gelb, anderen wieder hat man ihr Lager in einen wahren Blumenhain verwandelt. Vor den meisten Bogen sieht Frauen oder Herren, beruhigt den aufgeregten Liebling durch trauliche Zwiesprache und versucht, ihm die kleine Tortur — die es nun mal in seinen und vieler mit ihm Gleichgestimmten Augen ist — zu erleichtern. Außer der Hundeschau ist noch eine Ausstellung bekannter Tierporträtfisten, eine tierärztliche Station, die gestern auch bei einem leicht gebissenen Mädchen intervenieren mußte, vorhanden; einer geht umher und fertigt aus Anekkumli ebenso rasch wie kunstgerecht Tierköpfe, und noch vieles ist da, was dem Hundeliebhaber gefällt und interessiert.

Unfall einer Schupo-Motorstreife.

An der Straßenkreuzung Warschauer und Borghener Straße ereignete sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag etwa gegen 1/8 Uhr morgens ein schwerer Unfall, bei dem drei Polizeibeamte des Ueberfallkommandos vom Polizeiamt Friedrichshain zum Teil erheblich verletzt wurden. Die Beamten fuhren in schnellem Tempo auf einem Motorrad mit Beiwagen die Warschauer Straße hinauf. Beim Ausweichen vor einer Rotag geriet das eigene Kraftfahrzeug ins Schleudern und überschlug sich mehrmals. Hierbei zog sich der Polizeiwachmeister Walter Saar eine so schwere Schädelverletzung zu, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Der Oberwachmeister Wilmann und der Wachmeister Schulz erlitten Brüche und starke Hautabschürfungen. Die Verletzten wurden in das Staatstrankenhaus übergeführt.

Peters Verteidigung im Spritweber-Prozess.

Am Sonnabend folgte die Rede des Verteidigers Dr. Joffe für den Angeklagten Peters. Es war eine Anklage gegen den Staat, dessen veraltetes Wirtschaftssystem ihm zum alleinigen Schuldigen stempelte, gegen die Finanzverwaltung, dessen Denunzianten- und Vorkipplatum an russische Zustände erinnere, gegen die Inflationszeit, in der Steuererhebungen in gewissen Kreisen selbst als patriotisch galten. Es bedeutete einen Appell an das Ritzgefühl der Richter einem Menschen gegenüber, der 36 Jahre treu dem Staate gedient habe. Es werde dem Peters sein zu großer Lebensaufwand zum Bortwurf gemacht: als Sohn eines Kommerzienrats habe er auf Grund seiner kaufmännischen Veranlagung große Borkengewinne gemacht. Man lege ihm zur Last, daß er mit allen Spritschleibern vertraut gewesen sei; in Wirklichkeit habe er aber nur mit fünf Spritschleibern Beziehungen

unterhalten, und zwar in der Hauptsache nur, um seine Fachkenntnisse zu erweitern, — ähnlich wie Kriminalinspektor v. Treseow engle Beziehungen zu Homosexuellen unterhielt, Herr v. Ranteuffel mit eleganten Falschspielern verkehrte oder Kriminaloberinspektor Kunze Beziehungen zu Kupplerinnen unterhalte. Alle gegen Peters erhobenen Beschuldigungen beruhten allein auf Indizien. So wohl aus rechtlichen wie aus tatsächlichen Gründen sei er auf Staatskosten freizusprechen. Heute beginnen die Plaidoyers der drei Verteidiger der Brüder Hermann und Heinrich Weber.

Der Raubmord von Germersdorf.

In den Annalen des Kriminalprozesses wird die heute im Landgericht III zur Verhandlung stehende Tat eine der brutalsten bleiben. Zwei junge Menschen, der kaum 20jährige Arbeiter Kurt Gose und der 25jährige Max Laaps sind angeklagt, am 16. August 1925 in Germersdorf bei Dranienburg den 60jährigen Kolonialwarenhändler Bohmeyer in der Absicht, ihn zu berauben, in der gefährlichsten Weise getötet zu haben. Beide sind mehrmals vorbestraft. Kurt Gose brachte 80 Mark, um sein Motorrad einzulösen, das er in Reparatur gegeben hatte. Er forderte den Paaps auf, mit ihm den Kolonialwarenhändler Bohmeyer zu beschlehen, bei dem er früher einmal eine Brummenreparatur ausgeführt hatte. Für den Fall, daß sie von Bohmeyer überrascht werden sollten, war verabredet worden, ihn mit einem Revolver, den Gose mitnehmen wollte, einzuschüßern. In Wirklichkeit gewann man aber den Eindruck, daß die beiden nach dem Eindringen in den Laden direkt das Kommen des V. abgewartet haben, über ihn hergefallen sind, und ihn zu Boden geschlagen haben. Bei der Vernehmung befragten sich die Angeklagten gegenseitig. Die Darstellung ihres Lebenslaufes entrollt ein trauriges Bild ihrer Jugend.

Schweres Bootsunglück auf der Dahme.

Ein schweres Bootsunglück ereignete sich gestern nachmittag um 1/3 Uhr auf der Dahme bei Köpenick. In der Nähe des Sportplatzes fuhren zwei Ruderboote mit solcher Gewalt aufeinander, daß eines davon, in dem sich der 17jährige Seiler Siegfried Dröbinger aus der Sedanstr. 56 in Weihensee befand, kenterte. D. stürzte ins Wasser und ging, ehe noch Hilfe zur Stelle war, unter. Reichswasserfahrgewerkschaft wurde benachrichtigt, der die Unfallstelle absuchte, den Verunglückten aber nur noch als Leiche bergen konnte.

Jubiläumsfeier der Buchdrucker.

Anlässlich seines 60jährigen Bestehens veranstaltete der Buchdruckerverband am Sonntagvormittag im Großen Schauspielhaus eine eindrucksvolle Feier, die den Lustiaft zu dem heute beginnenden Verbandstag bildete. Vertreter hatten erludt die graphischen Organisationen des In- und Auslandes, der DGB, der Buchdrucker-vereine sowie Behörden und Presse. Nach einem Prolog ehrte der Gauvorsitzende der Berliner Buchdrucker Braun die Jubilare des Berliner Gaus und hieß alle Erfahrenen herzlich willkommen. Die Festrede hielt der Verbandsvorsitzende Seif. In großen Umrissen zeichnete der Redner ein Bild von der Entwicklung des Verbandes, dem es nach jahrelanger harter Arbeit vergönnt ist, als eine muttergütige Gewerkschaft sein 60jähriges Jubiläum zu feiern. Der Berliner Stadtverordnetenvorsteher Genosse Haß überbrachte die Glückwünsche der Stadt Berlin. Für den DGB und für das Präsidium des Reichswirtschaftsrats wünschte Genosse Grahn an dem Buchdruckerverband gleich einem Schiff freie, frohe und gute Fahrt für die Zukunft. Reichstagspräsident Genosse Löbe fühlte sich als Mitglied des Buchdruckerverbandes, von dem er das Rüstzeug für seine jetzige Tätigkeit erhalten habe, verpflichtet, in herzlichen Worten Glückwunsch und Gruß zum Jubiläum zu entbieten; gleichzeitig für den Berliner Polizeipräsidenten. Besondere Freude erweckte ein Telegramm von Professor Lujo Brentano. Musikalische Darbietungen des Berliner Sinfonieorchesters und Gesänge des Buchdruckerchorvereins „Typographia“ sowie hinreichende Vorträge des Sprechchors für proletarische Feierstunden umrahmten die erhebende Feier.

Große öffentliche Protestkundgebung zum Falle Bleier. Am Montag, den 21. Juni, abends 1/8 Uhr, findet in Charlottenburg, Kneisebeckstraße 24, unmittelbar am Stadtbahnhof Savignypfah, eine große öffentliche Kundgebung zu dem Thema: Kirche, Volksentscheid und Fall Bleier statt. Referenten sind: Frau Landtagsabgeordnete Schürstin Dr. Hildegard Wegeländer, Genosse Adolf Grimme-Charlottenburg und Genosse Rudolf Jahn-Neufölln. Eintritt frei. Freie Sprache. Republikaner, Freunde von Gerechtigkeit und Freiheit, erheben in Massen! Treiet schühend vor Blarrer Bleier und bietet Trost den Treiberellen seiner schwarzweißroten Gegner.

Eine neue Verhaftung zum Frankfurter Eisenbahnskandal. In dem bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt a. O. anhängigen Verfahren wegen der bei dem Neubau des Bahnhofs Neubritschen und dem Umbau des Bahnhofs Frankfurt a. O. vorgekommenen Unregelmäßigkeiten wurde vor einigen Tagen ein im Bureau des Frankfurter Betriebsamtes beschäftigter Beamter verhaftet. Mit dem Abschluß der Untersuchungen ist in einigen Monaten zu rechnen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Verbandsrat der Post- und Telegraphenbeamten und Anwärter. Morgen, Dienstag, den 22. Juni, abends 8 Uhr, in Saarlands Festhalla. Neue Friedrichstr. Eingang Nachstr. Verammlung. Tagesordnung: Fortsetzung WDA-SPD und die Partei. Referent: Hermann Böger. Mitgliedsbeitrag ist als Kurweiz vorzuziehen.

46. Abt., Charlottenburg. Mittwoch, den 23. Juni, Kussung nach Pichlerwerder. Treffpunkt pünktlich 1/2 Uhr am Amtsgericht Charlottenburg.

Sport.

Kennen zu Ruhleben am Sonntag, den 20. Juni.

1. Rennen. 1. Ocean Girl (N. Mills), 2. Roblenkönigin (B. Hedert), 3. Kapiti, Gello (L. Weij). Toto: 183:10. Platz: 30, 19, 32:10. Ferner liefen: Gellio, Abdulah Silber, Kurtag, Windcot jr., Weinmünze, Mangonares, Nadiola, Citran, Denfmünze, Darleim.
2. Rennen. 1. Denny Gord (N. Mills), 2. Antenne (U. Elias), 3. Dorette (W. Mills). Toto: 30:10. Platz: 12, 14:10. Ferner liefen: Die Purpe, Rasthofer, Michelmann, Ration.
3. Rennen. 1. Blauz Maria (Köhne), 2. Herrigan jr. (B. Mattern), 3. Stapellauf (F. Brandt). Toto: 57:10. Platz: 23, 20, 28:10. Ferner liefen: Heiderose, Benedict, Korogantau, Baumweize, Zimlere, Duera, Weingeh Fortuna, Hödenfenne, Wainca, Fenselon.
4. Rennen. 1. Florian (Em. Schläpfer), 2. Johannislüfer (Groschmann), 3. Aberglaube (N. Mills). Toto: 64:10. Platz: 24, 33, 18:10. Ferner liefen: Interpellant, Königsabter, Barometer, Michelangelo, Ralthe Forbes, Feik.
5. Rennen. 1. Buchdrucker (W. Mills), 2. Copal (F. Schmidt), 3. Gbonit (F. Jinn). Toto: 47:10. Platz: 21, 24, 26:10. Ferner liefen: Gaudelst, Cabiar Arworth, Uvo Waits, Rind, Diagonale, Nachfallter, Hofner A., Schüll, Baron Arworth.
6. Rennen. 1. Ingrid Halle (B. Hedert), 2. Spiluz I (Sach jr.), 3. Sonntagsspring (Weidner jr.). Toto: 91:10. Platz: 19, 17, 30:10. Ferner liefen: Arnlried, Weinbrand, Lucie Galle, Michael, Goldsam, Grisa, Costma, Ellen, Hofmeisterin, Kinoskönigin.
7. Rennen. 1. Karneval (N. Mills), Toto: 13:10. Ferner liefen: Erdmann, Colonel Bodsworth.
8. Rennen. 1. Deltina (Sach jr.), 2. Nalmö (N. Mills), 3. Friedelich (O. Lautenberger). Toto: 21:10. Platz: 12, 13, 19:10. Ferner liefen: Goudhler jr., Orientale, Florida, Waus, Wintermärchen, Crispö, Dilemma, Kälseifer.
9. Rennen. 1. Gotta (Em. Schläpfer), 2. Coronna Mc. Rimmer (Schöder), 3. Almarf (Hedert). Toto: 43:10. Platz: 21, 25, 17:10. Ferner liefen: Jiametta, The Kitty, Della, Billy H.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Buchdrucker.

Erster Verhandlungstag.

Am 10. Uhr vormittags eröffnete der 1. Vorsitzende Genosse Seig den 13. Verbandstag des Verbandes der deutschen Buchdrucker. Unter Hinweis auf die gestrige Jubiläumsfeier erinnerte er daran, daß der diesmalige Verbandstag auch infolgedessen ein Jubiläumstag sei, als es der 25. Verbandstag ist, den der Verband der deutschen Buchdrucker im Laufe seines 60-jährigen Bestehens seit dem Jahre 1866 abgehalten hat. Leider wird diese Stimmung angefeindet durch die wirtschaftliche Lage und der großen Arbeitslosigkeit nicht unmerklich getrübt.

Aber das wollen wir mit Befriedigung feststellen, daß die hinter uns liegenden 60 Jahre der Organisation uns und die gesamte Arbeiterschaft mit Stolz erfüllt. Der Verband zählt heute 80 000 Mitglieder und ist einschließlich der Gauvorsitzer durch 157 Kongreßteilnehmer vertreten. Der Verbandstag tagt diesmal am Orte des Verbandsvorstandes, hat Berlin auch eine kritische Kollegenschaft, so hat sie doch der Organisation stets mustergültig die Treue gehalten. Berlin stellt allein ein Fünftel der Gesamtmitgliedschaft dar. Seig begrüßt den Verbandstag in Berlin, insbesondere den Herrn Oberbürgermeister Böh, den 2. Vorsitzenden des ADGB, Kollegen Graßmann, 19 Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen und die Vertreter der Verbände der deutschen graphischen Industrie.

Nach Wahl verschiedener Kommissionen und der Ehrung der verstorbenen Mitglieder führt Oberbürgermeister Böh aus, daß es ihm mit Stolz erfüllt, die älteste und bestgefüllteste Arbeiterorganisation in der von ihm vertretenen Stadt Berlin begrüßen zu können. Es freue ihn, daß es dem Verbande der Buchdrucker möglich gewesen ist, trotz aller Wirren seine Organisation 60 Jahre aufrechtzuerhalten. Berlin sei an den Buchdruckern interessiert, weil

Berlin eine Stadt des Buchdrucks

ist; er freue sich aber auch darüber, daß die Buchdrucker in jeder Beziehung eine abgeklärte Auffassung vertreten. Er verwies auf die Kulturaufgaben der Stadt Berlin und wünscht dem Verbandstag glückliche und erspriehliche Arbeit.

Braun, der 1. Vorsitzende des Berliner Gaus, gibt seiner Freude Ausdruck, daß der Verbandstag nach 35 Jahren wieder einmal in Berlin abgehalten wird.

Grundbacher-Bern, der Sekretär des Internationalen Buchdruckersekretariats, begrüßt den Verbandstag und stellt dem deutschen Verbande das Zeugnis einer vorbildlichen Organisation aus. Er übermittelt die Grüße der internationalen Buchdrucker, insbesondere aber die Grüße der französischen Kollegenschaft, denen es infolge gegenwärtiger Kämpfe nicht möglich ist, eine Vertretung nach Deutschland zu entsenden.

Der deutsche Verband sei die Stütze der Buchdrucker-Internationalen und er hoffe, daß es so bleiben möge.

Theunissen-Belgien begrüßt den Verbandstag im Namen der ausländischen Bruderorganisationen und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Verband der deutschen Buchdrucker auch künftig seine führende Rolle in der internationalen Buchdruckerbewegung beibehalten möge. Er dankt besonders für die materielle Unterstützung des deutschen Buchdrucker-Verbandes und überreicht als Zeichen sichtbaren Ausdrucks für seine brüderlichen Gefühle ein kunstvoll gestaltetes Schreibzeug.

Hauelsen begrüßt den Verbandstag im Namen der deutschen graphischen Verbände, wünscht dem Verbandstag ein Glück auf und überreicht eine kunstvolle Mappe im Namen der von ihm vertretenen Verbände.

Graßmann vom ADGB übermittelt Grüße namens des Bundesvorstandes und des Verläufigen Reichswirtschaftsrats. Er wünscht, daß die Buchdrucker sich auch weiterhin ihre Richtigkeit in der Beurteilung wirtschaftlicher Fragen bewahren mögen. Nach Verlesung der verschiedenen Begrüßungsgramme, unter denen auch der 9. Bezirk, Berlin, durch eine Adresse vertreten ist, tritt der Verbandstag in die Beratung der Tagesordnung ein.

Neuregelung des Bauarbeiterschutzes.

Die Häufung der Bauunfälle, die in der letzten Zeit wiederholt die Öffentlichkeit beunruhigten, hat die Gewerkschaften veranlaßt, bei dem preußischen Wohlfahrtsministerium und dem Reichsarbeitsministerium auf eine rasche Neuregelung und Verschärfung der Schutzbestimmungen für die Bauarbeiter zu dringen. Wie wir erfahren, sind die Arbeiten der Reichsarbeitsverwaltung zur Aufstellung einheitlicher Bestimmungen über den Bauarbeiterschutz für das ganze Reich so gut wie abgeschlossen, so daß nach der Auffassung des Reichsarbeitsministeriums der neue Richtlinienentwurf bald vorgelegt werden kann.

Für Preußen will das Wohlfahrtsministerium eine Umfrage darüber vornehmen, wie weit die Städte und Gemeinden dem Erlaß des Wohlfahrtsministers vom 14. November 1925 nachgekommen sind. Dieser Erlaß weist die Baupolizeibehörden ausdrücklich auf ihre Pflicht hin, für die Beachtung der Schutzbestimmungen zu sorgen und durch Nachprüfung an Ort und Stelle festzustellen, daß die vorgeschriebenen Sicherheitsvorrichtungen auch wirklich bestehen. Die Behörden werden jetzt nochmals

SPD.-Maschinenschlosser! Besucht morgen die Brandversammlung!

von dem Ministerium angewiesen, für die genaue Durchführung der Sicherheitsvorschriften auf allen Baustellen zu sorgen. Da das Verbot des „Leberdiehndmauerns“ nur durch Polizeiverordnung eingeführt werden kann und in verschiedenen Regierungsbezirken infolge der ablehnenden Haltung der Bezirksausschüsse noch nicht durchgeführt ist, werden die Regierungspräsidenten ersucht, sich mit den Bezirksausschüssen wegen des Erlasses entsprechender Polizeiverordnungen in Verbindung zu setzen. Ebenso wird das Ministerium darauf dringen, daß besonders in den größeren Betrieben die Baupolizei von sich aus mit den Betriebsvertreterungen, die die Baupolizei- und Gewerbeaufsichtsbeamten in der Bekämpfung der Gesundheits- und Unfallgefahren zu unterstützen haben, Fühlung nehmen.

Wortbrüchige Unternehmer an der Oberspree.

Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angebotenen wird uns geschrieben:

Das Verhalten der Gastwirte an der Oberspree, insbesondere am „Langen See“, den Arbeitslosen im Gastwirtsgerwerbe gegenüber, die Sabotage des öffentlichen Arbeitsnachweises zwingt uns, den Beamten, Angestellten und Arbeitern vor Augen zu führen, wie diese Arbeitgeber auf Kosten der gastwirtschaftlichen Angestellten ihr Schäfchen ins Trockene bringen.

Ein ganz besonders vorbildlicher Herr auf diesem Gebiet ist der Gastwirt Fröhlich — ehemaliger Dekonom der Genossenschaftsbrauerei in Friedrichshagen —, jetzt auf Neu-Helgoland bei Rahnsdorf. Zu verschiedenen Malen haben Vertreter unserer Organisation mit diesem Herrn verhandelt und die Zusage erhalten, von nun an den öffentlichen Arbeitsnachweis sowie die Organisation anzuerkennen. Aber das Gegenteil von diesem Versprechen führt Herr Fröhlich durch. Er bezieht seine Leute von dem sogenannten „Dreidubbel-Männertklub“ mit 6 angeblichen Telefonnummern, genannt Interessensverband, mit dem Gemeinwohl Gastwirt Theuerlauf aus der Warfiliusstraße an der Spitze.

Ganz ähnlich liegen die Fälle im „Rübezahl am Müggelsee“. Dort wird nicht ein einziger Arbeitsloser aus dem Gastwirtsgerwerbe beschäftigt, sondern durchweg Andersberufliche, die in der Woche in der Fabrik in Köpenick und anderswo ihren Verdienst haben. Wieder andere Inhaber bestellen ihre Kellner bei Wirtvereinen, so auch der Inhaber Stibbe von Bogts Krampenburg, der sich in den Monaten Januar und Februar tagelang im Gewerkschaftshaus aufgehalten hat, um die dortigen Gewerkschaften zum Abschluß von Dampferpartien nach Krampenburg zu bewegen. Er verspricht, in jeder Weise den Arbeitsnachweis und die Organisation anzuerkennen. Das Gegenteil ist der Fall.

Angestellte, Arbeiter und Beamte! Wie lange sollen die Gegner der Arbeiterschaft sich noch darüber amüsieren, daß wir ihnen unser Geld bringen? Wir ersuchen euch, immer und zu jeder Gelegenheit von den bedienenden Kellnern den Ausweis unserer Organisation zu verlangen. Lohnt euch nicht mit Ausreden, sie hätten die Bücher nicht bei sich, abspiejen, solche Leute sind genau wie der Unternehmer, Gegner unserer Organisation. Dies sei für

heute nur eine kleine Auselese. Zu Auskünften ist unsere Organisation durch ihr Bureau, Elsfasser Straße 86/88, Telefon Norden 1813 und 804, gern bereit.

Die Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeitskonferenz genehmigte am Sonnabend auf einstimmigen Antrag der Mandatsprüfungskommission das Mandat des englischen Arbeitervertreter, Genossen Pugh, und ebenso das Mandat des belgischen Genossen Rahlmann. Gegen beide Mandate war vom englischen bzw. Antwerpener Seelenteverband Einspruch erhoben worden. Am Nachmittag wurde nach längerer teilweise recht stürmischer Auseinandersetzung das Mandat des faschistischen „Arbeitervertreter“ Rossini mit 67 gegen 24 Stimmen für gültig erklärt.

Der Kommissionsbericht über einen Gesetzentwurf zur Aufstellung allgemeiner Grundsätze für die Aufsicht zur See, den Ministerialrat Reigel erstattete, wurde nach kurzer Aussprache mit 67 gegen 14 Stimmen gutgeheißen.

Erklärungen der englischen Bergarbeiterführer.

London, 20. Juni. (E.P.) Cook erklärte gestern in einer Bergarbeiterversammlung, es bedeute eine Beleidigung der Bergarbeiter, wenn man sie zu einer Versammlung einlade, um die jüngsten Vorschläge des Premierministers zu diskutieren. Wenn die Bergarbeiter eine längere Arbeitszeit haben wollten, müßten sie sich einen neuen Generalsekretär und einen neuen Vorsitzenden wählen. — Der Vorsitzende der Grubenarbeiter, Herbert Smith, erklärte, er werde niemals seine Unterschrift unter ein Schriftstück setzen, durch das der Achtstundentag wieder eingeführt werde.

Die Arbeitslosenziffer in Oesterreich ist in der ersten Junihälfte wieder zurückgegangen. Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen in Oesterreich betrug am 15. Juni 139 768 gegen 226 000 unterstützten Erwerbslosen Mitte Februar. In der nächsten Zeit wird allerdings, wenn überhaupt, nur noch ein sehr langsamer Rückgang der Arbeitslosigkeit in Oesterreich zu verzeichnen sein.

Zimmerer! Morgen, Dienstag, abend 7 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosentaler Straße 11/12, Versammlung aller bei der Firma Elbe & Ludwig beschäftigten Zimmerer. Das Zutrittswort ist bei der Firma, Kameraden, es ist unbedingt erforderlich, teillos an dieser Versammlung teilzunehmen!

Zentralverband der Zimmerer, Jähstraße Berlin.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arno Saltruss; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: R. A. Böcher; Verkehr und Sonstiges: Fritz Karstadt; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.



Wie raffig pikant ist sie gestaltet, welch magischen Duft sie stets entfaltet!

Orient-Tabak- u. Cigarren-Fabrik, Jäger 67, Dresden
Köln, Königsberg i. Pr., Seiffenhensdorf, L.S.O.

URTEILEN SIE SELBST!

Fritzi Massary 3,- auch ohne Mundstück

Massary Perle 4,- auch ohne Mundstück

MASSARY Delft 5,-

MASSARY RITTER 6,-

Pumpen
Koblanck & Co.
Pumpenfabrik
Berlin N 65
Kleiststraße
Strasse 95.

Gardinen!
Sonderangebote
und
Golegenheitskäufe
in
Künstler-
Gardinen... 2,90
Madras-
Gardinen... 4,-
Stores... 2,20
Bestecken
1 bettig... 4,-
2 bettig... 8,-
Spez.-Gardinenwerkst.
**Neukölln,
Bergstr. 67**
am Ringbahnhof
Kala Laden!

la. Eiderfittkäse
9 Pfd. M. 6,- Irko
Dampfkäsefabrik
Kensdurg.

Lebenslängliche Garantie
leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften
Trauringe
zu billigsten Preisen
in den gediegensten Ausführungen
: Ständige ca. 3000 St. auf Lager :
N 24, Artilleriestr. 30
Hermann Wiese, Berlin W, Passauer Straße 12
Ges. geschützt

Magenbeschwerden
aller Art
auch Sodbrennen, Aufstossen
beseligt schnell und sicher
Apotheker Schuh's Magenwein
Fordern Sie nur diese Marke in den
Apotheken und Drogerien.
Zu haben in allen Apotheken.
Dortselbst ist auch das bestens empfohlene Mittel gegen Arterienverkalkung
CORDOL zu haben, sowie alle
homöopathischen Mittel.
Weitere Verkaufsstellen weisen nach **C. Schmittler & Co., Berlin-
Wilmersdorf, Babelsberger Straße 2.** — Plötzburg 4074 und 3096.

Trinkt nur Sinalco

Die echte Bilzbrause
nahrhaft, erfrischend, bekömmlich,
da aus bestem Zucker und naturreinem
Fruchtaroma hergestellt.

Für
**Sommer-
und
Kinderfeste**
Papiermützen,
Schersachen,
**Illuminations-
artikel,**
**Feuerwerk, Wachslichter,
Yombola-Sortimente,
Lose — Niete, Nummernblocks**
Große Auswahl,
Billigste Preise.
**Pohl & Weber Nachf.,
Spittelmarkt 4-5.**
Verlangt Sommerpreisliste Nr. 5

Auf Teilzahlung!
MÖBEL
Kleine Anzahlung + Bequeme Abzahlung
CAMNITZER
Schönhauser Allee 82 I
am Hochbahnhof Nordring

Wohin?
Luftkurort Lenz (Perle Meckl.)
20 Jahre im Besitz. Direkt an großen
Laub- u. Nadelwäldern u. Wasser ge-
legen. Gute Pension. Prosp. einford.
C. Ogorzko
Lenz b. Malchow i. Meckl. Tel. 48.

Ischias
schwerer Fälle benötigt werden. Unentgeltlich
Beratung und Behandlung. Ärztlich empfohlen.
Lindendamm 156. 3-11, 1-4, Sonntag 10-12, heute

Verkäufe
Matratzen, spottbillig, Auswahl, Wen-
diger, Top, Erde, D.R.G., Feier, schon
von 10,- an. Ein Besuch lohnt sich
wirklich. Weiß, Große Kronfurter-
Straße 20/21.

Möbel
Valentmatratzen, Kissenmatratzen,
Bettarbeiten, Stoffelentwas, Wälder,
Gartenmöbel, etc. etc. etc. Spezial-
geschäft.

Kaufgesuche
Haberstraße 10/11, Lindenstraße 19.